

Verantwortliche Redakteure. Für den politischen Theil: G. Fontane, für Feuilleton und Vermischtes: J. Kleinbach, für den übrigen redakt. Theil: F. Haackfeld, sämtlich in Posen. Verantwortlich für den Inseratenthell: J. Klugkist in Posen.

Posener Zeitung

Achtundneunzigster

Jahrgang.

Inserate werden angenommen in Posen bei der Expedition der Zeitung, Wilhelmstraße 17, Gek. Ad. Siles, Postfach, Gr. Gerber- u. Breiterstr.-Ecke, Otto Siles, in Firma J. Neumann, Wilhelmstraße 8, in den Städten der Provinz Posen bei unseren Agenturen, ferner bei den Annoncen-Expeditionen Rudolf Hoffe, Haasenklein & Fogler u. Co., G. J. Daube & Co., Juvalidenbank.

Nr. 886

Freitag, 18. Dezember.

1891

Deutscher Reichstag.

(Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.) 143. Sitzung vom 17. Dezember, 11 Uhr.

Die zweite Beratung der Handelsverträge wird fortgesetzt, Art. 4-14 des Vertrages mit Oesterreich-Ungarn werden debattelos genehmigt.

Bei Artikel 15 (gleiche Bedingungen in Bezug auf den Eisenbahnverkehr für die Angehörigen der vertragschließenden Staaten) weilt

Abg. Graf Kanitz (L.) darauf hin, daß Frachtvergünstigungen für gewisse Waarentransporte in Oesterreich die Deutschland zugehenden Zollermäßigungen illusorisch machen würden. Eisenwaaren aus den Baron von Rothschild und Gutmann gehörigen Werken genöthigen bei den Transporten in Oesterreich weitgehende diskrete Vergünstigungen. Dies Refaktienwesen sei im Eisenbahnverkehr Oesterreich-Ungarns sehr ausgedehnt. Namentlich die ungarische Eisenbahnverwaltung zeige ein rückwärtsgerichtetes Bestreben, die Produktion Ungarns gegenüber der Produktion und Industrie der anderen Länder durch Refaktien zu begünstigen; darunter müsse sogar die westliche Hälfte Oesterreichs empfindlich leiden. Die österreichische Regierung sei gegen das Refaktienwesen machtlos, weil dasselbe gesetzlich in Oesterreich zulässig sei, während es in Deutschland verboten ist. Bei einer Enquete in Oesterreich-Ungarn über die im Tarifwesen herrschenden Bräuche und Mißbräuche von 1882/83 stellte es sich heraus, daß das Refaktienwesen einen ganz erschreckenden Umfang angenommen habe. Einen ganz besonderen Impuls hätten die dortigen Eisenbahnverwaltungen noch bekommen durch ein Reskript des österreichischen Handelsvertrages von 1889. Dem gegenüber werde der Art. 15 des Vertrages vollkommen wirkungslos bleiben. Der ungarische Handelsminister v. Baroz interpretire schon jetzt die Reziprozität im Eisenbahnverkehr so, daß die vertragschließenden Länder Tarifermäßigungen einzutreten lassen dürften für gewisse Ausfuhrtransporte, welche zwar für auf derselben Linie, aber nicht für in entgegengesetzter Richtung sich bewegende Transporte gelten sollen (hört! hört! rechts). Das zeige, was auf diesem Gebiete von Ungarn zu erwarten sei. Die einzige Waffe gegen ungarische Refaktien seien Zollserhöbungen, und diese Waffe würde Deutschland durch die Verträge genommen.

Er wolle in letzter Stunde nicht noch den Vertrag hintertreiben, aber indem er auf die Gefahren aufmerksam mache, die Verantwortung von sich abwälzen. Dem Vertrage sei mindestens eine 2/3 Majorität gesichert; er glaube aber nicht, daß diese Majorität mit leichtem Herzen für den Vertrag stimme. Er glaube, 300 schwere Herzen, 300 Doppelcentner, stimmten für den Vertrag. (Gelächter.) Abg. Ricker sei ja sehr begeistert gewesen. Im Gegensatz zu ihm habe aber Abg. Richter, der doch auch ein Chef der „Freisinnigen Btg.“ der wahren Stimmung gegen die Verträge vollkommen richtig Ausdruck gegeben, indem er ausgeführt habe, daß die wirklichen Vorteile der Verträge allein in der Ermäßigung der Getreidezölle beruhten, alles übrige aber keinen großen Werth habe, daß man froh sein müsse, wenn es um die Ausfuhr der deutschen Industrie nach den Handelsverträgen, ebenso bestellt sein werde, wie vorher. (Hört, hört! rechts.) Redner verliest den bezüglichen Passus aus dem Leitartikel der „Freisinnigen Btg.“ vom Mittwoch. Er erwarte, daß Abg. Richter entweder bei der dritten Lesung oder bei einer sonst sich bietenden Gelegenheit diese seine Ansicht vertreten werde, und sei sehr gespannt, welche Stellung Abg. Ricker dazu einnehmen werde.

Abg. Schrader (H.). Die Thatsachen, welche der Vorredner für seine Ansicht angeführt hat, sind einer früheren Zeit entnommen. Die Eisenbahnpolitik Oesterreichs hat sich inzwischen geändert. Wenn aber wirklich Oesterreich die Wirkung der Zölle durch eine entsprechende Tarifpolitik abschwächen kann, warum hat er denn überhaupt etwas gegen die Herabsetzung der Zölle? Dann müßte ihm doch die Aufrechterhaltung des Zolles von 5 M. gleichgültig sein. Der Oesterreich gemachte Vorwurf ist nicht am Platze. Refaktien wurden zwar früher dort gewährt. Wir müssen aber doch die Berner Konvention abwarten, die in kurzer Zeit in Kraft treten wird. Nach derselben soll jedes Privatabkommen auf besondere Preisermäßigung gegenüber den öffentlichen Tarifen null und nichtig sein. Damit hat die österreichisch-ungarische Regierung die Verpflichtung übernommen, für den internationalen Verkehr solche Vergünstigungen nicht zuzulassen. Wir müssen doch annehmen, daß Oesterreich nicht bloß den guten Willen, sondern auch die Kraft haben wird, diese Maßregeln durchzuführen. Das österreichische Abgeordnetenhaus wird auch hoffentlich dem keinen Widerstand entgegenstellen. Jedem der einzelnen Staaten ist es unbenommen, den anderen Staaten die Pflicht, die sie mit der Berner Konvention übernommen hatten, in's Gedächtnis zurückzurufen. Wenn also auf diesem Gebiete noch Anstände vorhanden sein sollten, werden sie sehr bald beseitigt werden können. Diese Anstände sind aber keinesfalls so bedeutend den Abschluß des Vertrages zu hindern.

Auch die Befürchtungen, die Graf Kanitz aus der Interpretation des Herrn v. Baroz genommen hat, sind unbegründet. Tarife für Transporte in entgegengesetzter Richtung können unbedenklich der gleichen Behandlung beider Länder verchieden sein. Wenn aber z. B. ein Tarif für ungarisches oder österreichisches Eisen besteht nach Ungarn hinein, so können wir verlangen, daß auch das deutsche Eisen zu diesem Tarife nach Ungarn hineingeht. Weiter können wir aber nicht geben. Wenn wir die Giltigkeit derselben Tarife auch für entgegengesetzte Richtungen verlangen wollten, so würden wir selbst sehr schlecht dabei fahren; dann würde aber überhaupt das ganze Tarifwesen auf den Kopf gestellt werden. Wir können durch einen Handelsvertrag nicht das ganze Eisenbahnwesen umgestalten. Was geschehen konnte für die Herstellung der Gleichheit in der Behandlung der kontrahierenden Staaten, ist geschehen.

Graf Kanitz hat aus seinem Citat der „Freil. Btg.“ falsche Schlüsse gezogen. Wir haben niemals verhehlt, daß die Zollermäßigungen in den Tarifen keineswegs so bedeutend sind, wie wir sie wünschen, und keineswegs ausreichen, die Ausfuhr genügend zu erweitern. Wir haben den Wunsch gehabt, daß von unserer Seite größere Zugeständnisse gemacht werden, damit wir von der

anderen Seite größere Zugeständnisse dafür austauschen. Den entscheidenden Werth des Vertrages sehen wir aber darin, daß er das erste Mal mit einer Politik definitiv bricht, welche wir für schädlich halten. (Sehr richtig links.) Dieser Vertrag verhindert uns, eine große Anzahl wichtiger Tarifsätze in Zukunft zu erhöhen, und ist zugleich der erste Schritt, dem unvermeidlich andere Schritte folgen werden auf dem Gebiete einer immer weiteren Befreiung des Handels und Verkehrs von ihm schädlichen Banden. Wenn wir auch weiter gehen wollen, so darf das uns nicht hindern, den ersten Schritt zu thun. Deshalb werden wir für den Vertrag stimmen. Graf Kanitz irrt sich auch, wenn er meint, 300 würden mit schwerem Herzen für den Vertrag stimmen. 100 stimmen auf unserer Seite mit vollem Herzen für den Vertrag, und ich glaube, auch auf der anderen Seite wird es nicht wenige geben, die theils aus wirtschaftlichen, theils aus allgemeinen politischen Gründen diesen Vertrag als einen großen Vortheil ansehen und deshalb ihm mit voller Aufrichtigkeit und mit vollem Vertrauen zustimmen werden. (Beifall links.)

Abg. Moeller (nl.) verweist bezüglich des Refaktienwesens auf die freien kommissarischen Beratungen, welche über diese Frage stattgefunden und eine Klärung der Sachlage herbeigeführt hätten nach der Richtung, welche Abg. Schrader soeben gekennzeichnet habe. Die vom Grafen Kanitz besprochenen Befürchtungen sind nicht, und um so weniger, als Getreide zum großen Theil auf dem Wasserwege transportirt werde. Dasselbe Autonomie, welche die deutschen Eisenbahnverwaltungen für sich beanspruchen, müßte man auch Oesterreich-Ungarn zugestehen. Diese Frage sei nicht geeignet, ihn von der Zustimmung zu dem Vertrage abzuhalten.

Abg. v. Kardorff (H.) glaubt dagegen, daß keine Aussicht auf eine Beseitigung des Refaktienwesens in Ungarn bestehe.

Reichskanzler v. Caprivi: Ich muß gegen die Annahme protestiren, daß die österreichisch-ungarische Regierung nicht gewillt ist, ihren vertragsmäßigen Verpflichtungen nachzukommen. Solange ich die Ehre habe, an der Spitze der deutschen Regierung zu stehen, ist nicht das mindeste geschehen, was mein volles Vertrauen in dieser Beziehung zu erschüttern oder zu beeinträchtigen im Stande ist. (Beifall links.)

Abg. Richter (H.): Der Schluß, den Graf Kanitz aus dem Artikel der „Freisinnigen Zeitung“ in Bezug auf ein widerspruchsvolles Verhalten meiner Person mit der freisinnigen Partei gezogen hat, trifft nicht zu, wenn man den Artikel in seinem ganzen Wortlaut und im Zusammenhang mit der ganzen Haltung meiner Partei liest. Es wird darin gewarnt vor einer Ueberschätzung dieser Verträge. Diese Warnung ist auch als unsere Ansicht in diesem Hause zum Ausdruck gelangt. Speziell bezog sich diese Warnung auf den Schweizer Handelsvertrag, der meiner Ansicht nach unter den Verträgen der geringwertigste ist. Es wird daran angeknüpft an eine Aeußerung der Denkschrift zu diesen Verträgen, worin es heißt, man hätte von der Schweiz größere Konzessionen erlangen können, wenn man sich hätte entschließen können, in Bezug auf die Herabsetzung der deutschen Zölle größere Konzessionen zu machen.

Das ist der Vorwurf, den wir von unserem Standpunkte aus der Regierung machen, den Sie aber nicht machen können; denn in Ihren Augen ist das eher ein Lobspruch. Nun wäre es doch aber, wenn wir Besseres in diesem Vertrage nicht haben erlangen können, sehr thöricht, wenn wir das Bessere des Guten Feind sein ließen und das gegenwärtige wenige Gute deshalb verschmähen wollten, weil wir das in unseren Augen Bessere nicht erreichen können. Selbst der Schweizerische Handelsvertrag hat nach zwei Seiten hin etwas Gutes, einmal in der Herabsetzung der deutschen Zölle, die Ihnen nicht paßt, aber uns sehr nützlich scheint, zweitens in bezug auf die deutsche Ausfuhr. Es ist vollständig richtig, daß man den Werth für die Vermehrung der deutschen Ausfuhr positiv nicht überschätzen darf; aber es ist ebenso richtig, daß uns diese Verträge bewahren werden vor einer noch weiteren Abnahme der jetzt bestehenden Ausfuhr, indem sie uns auch der Schweiz gegenüber schützen gegen noch weitere Zollverschärfungen, als in dem Vertrage angenommen sind, und dadurch vor noch weiterer Abnahme der Ausfuhr.

Abg. Schrader hat mit Recht hervorgehoben, die Hauptsache ist doch für uns, daß namentlich für die Wirtschaftspolitik ein Wendepunkt gekommen ist, daß die Höhe der Schutzollpolitik überschritten ist und daß wir nun einen Weg nach der entgegengesetzten Richtung, wenn auch mit einem ersten Schritt, thun. Das ist auch am Schluß des genannten Artikels ausgeführt. Für mich liegt der Werth darin, daß zunächst für die Vertragspolitik der äußere Umriß abgesteckt ist und es wird die Aufgabe der Regierung sein, wenn diese Verträge in Sicherheit gebracht sind, weitere Verträge anzubahnen, um namentlich für die Erweiterung der deutschen Ausfuhr größere Konzessionen zu erlangen, unter weiterer Herabsetzung allerdings, namentlich auch der landwirtschaftlichen und der industriellen Zölle von Deutschland.

Abg. v. Kardorff weist nochmals darauf hin, daß in den Konzessionen der ungarischen Bahnen ausdrücklich die Ermäßigung zur Gewährung von Refaktien gegeben sei. Bezüglich unserer Haltung zu den Handelsverträgen möchte ich bemerken, daß ich einen schlechten Paletot nicht weggebe, wenn ich keinen besseren habe.

Präsident des Reichseisenbahnamts Dr. Schulz führt aus, daß der ungarische Handelsminister in Bezug auf die gleiche Behandlung der beiderseitigen Interessenten ganz die Ansicht vertritt, welche auf Seiten der deutschen Regierung bestehe.

Abg. Graf Kanitz: Abg. Richter hat seinen Artikel gleich nach dem Lesen des deutsch-schweizerischen Handelsvertrages ab irato geschrieben. Jetzt will er davon nichts wissen, und wir werden leider auf ein Rednerturn zwischen dem Abg. Richter und dem Abg. Ricker verzichten müssen. So wie Herr Richter seine Ansicht in seinem Artikel in die Öffentlichkeit gebracht hat, so gut wird ihn Herr Ricker in seiner Zeitung, der „Danziger Zeitung“ in die Öffentlichkeit bringen. (Abg. Ricker: Meine Zeitung?) Sind Sie etwa nicht Besitzer der „Danziger Zeitung“? (Abg. Ricker: Leider nicht! Heiterkeit.) Schlagen Sie doch den Metrolog des

Meyerischen Konversationslexikon nach. (Große Heiterkeit.) Ich habe ihn jetzt als Weihnachtsgeschenk bekommen und habe darin gefunden, daß sie Herrn Ricker gehört.

Zu der freiwilligen Reichstagskommission für das Refaktienwesen, von der Herr Möller sprach, habe ich keine Einladung bekommen. Daß die österreichische Regierung den guten Willen hat, ihre Verpflichtungen aus der Berner Konvention zu erfüllen, davon bin ich ebenso fest überzeugt wie der Reichskanzler, sie wird aber mit sehr großen materiellen Schwierigkeiten dabei zu kämpfen haben. Die Vorlesung des Abg. Schrader über die umgekehrte Richtung der Tarife war unnöthig. Ausnahmetarife gelten immer nur für eine Richtung; das gilt z. B. von den Kohlenausnahmetarifen von Westphalen nach Hamburg. Daß die Freisinnigen dem Handelsvertrag zustimmen, als dem ersten Schritt zum Freihandel, begreife ich. Sie werden aber dann bei der Regierung wenig Gegenliebe finden, denn der Reichskanzler hat ausdrücklich erklärt, daß die Regierung von der Schutzollpolitik nicht abgehen wolle.

Abg. Dr. Meyer (Hr.) Ich muß zwei Herren von der rechten Seite meine hohe Anerkennung aussprechen und mit dem Worte der Antiquare ihnen entgegenkommen: Nicht mitzubauen, mitzulieben bin ich da. (Heiterkeit.) Graf Kanitz hat eine staunenswerthe Leistung vollbracht; zu Weihnachten hat er Meyer's Konversationslexikon geschenkt bekommen, und heute kennt er schon den Inhalt auswendig. (Heiterkeit.) Er weiß genau, wie es mit Herrn Ricker und der „Danziger Zeitung“ steht. Er weiß sogar genau, daß Herr Ricker schon todt ist, denn er hat von einem Metrolog gesprochen. (Heiterkeit.) Dann hat Herr v. Kardorff einen außerordentlich glücklichen Gedanken gehabt. In der ganzen Zeit, da ich die Ehre gehabt habe, mit ihm zusammenzuarbeiten, hat er zum ersten Mal einen Satz ausgesprochen, den ich voll unterschreiben kann. (Heiterkeit.) Er hat gesagt, er ziehe bei strenger Winterfälle einen alten Paletot nicht aus, bevor er nicht einen neuen habe. (Heiterkeit.) Diesen politischen Grundsatz halte ich durch und durch für richtig, und auch mein Freund Richter hat gestern nach diesem Grundsatz gehandelt. Die „Freil. Btg.“ hat geschrieben, der Handelsvertrag mit der Schweiz sei ein schlechter Paletot (Heiterkeit), und wir haben alle Veranlassung, auf die Mängel eines Paletots aufmerksam zu machen, weil wir gern einen neuen besseren haben möchten. (Heiterkeit.) Wir bemühen uns aber deswegen doch nicht, nur Sätze auszusprechen, die am Tische des Bundesraths wohlgefällig aufgenommen werden möchten. Und wenn man sagt, Du schenkst uns einen mangelhaften Paletot, so ist das keine Schmeichelei. (Heiterkeit.) Aber trotzdem halten wir den Paletot fest, weil wir einen besseren noch nicht haben. Unsere Bemängelung der Handelsverträge und unser Votum für dieselbe vereinigen sich, nach dem Grundsatze des Herrn v. Kardorff; man behalte den schlechten Paletot, bevor man den besseren hat. Dank, Kardorff, daß Du mich das Wort gelehrt hast. (Große Heiterkeit.)

Abg. v. Kardorff (Hr.): In der Stimmung, in der wir uns befinden, muß auch der Witzbold gehört werden. Ich danke dem Abg. Meyer für seine Rede.

Abg. Möller (nl.) erklärt nochmals, daß die geltend gemachten Bedenken ihn und seine politischen Freunde nicht abhalten würden, für die Verträge zu stimmen.

Art. 15 wird darauf angenommen, ebenso der Art. 16-23. Bei Art. 24 (Festsetzung des 1. Februar 1892 als Termin des Inkrafttretens) protestirt

Abg. Liebermann v. Sonnenberg (Anti.) gegen das rasche Inkrafttreten der Handelsverträge. Die Landwirthe hätten ein Interesse, sich auf die neuen Zölle erst einzurichten. Eine übereilte Berathung der Verträge widerspreche der Verfassung. Redner wird bei seinem Veruche, über die Schädlichkeit der Handelsverträge zu sprechen, von dem Präsidenten v. Levekov zur Sache gerufen.

Abg. Wisse (wildlib.) weist darauf hin, daß die gegenwärtigen Handelsverträge am 1. Februar 1892 ablaufen. Welche Zustände würden nun eintreten, wenn mit diesem Tage nicht neue Handelsverträge in Kraft träten? Vielleicht Zustände, wie die Antisemiten sie zu ihrer Heze bedürften. Es müßte graunhaft stehen um die deutsche Bauernschaft, wenn ein Herr Liebermann von Sonnenberg sich anmaße, für dieselbe einzutreten. (Präsident von Levekov ruft den Redner wegen dieser Aeußerung zur Ordnung.)

Art. 25 wird darauf angenommen. Es folgt die zweite Beratung der Viehschneckenkonvention.

Bei Artikel 2 (Verpflichtung zur Beibringung von Ursprungszeugnissen für Vieh) sagt Abg. Ulrich (Soz.) über die Belastungen, welche durch die Beibringung des Zeugnisses entstehen. Außerdem bemängelt Redner die polizeilichen Kontrollmaßregeln, welche den Verkehr sehr erschweren.

Der Viehschneckenvertrag wird darauf angenommen. Es folgt die Beratung des Handelsvertrages mit Italien. Art. 1-6 werden ohne Debatte angenommen.

Bei der Position „Erden“ erklärt auf eine Anfrage des Abg. v. Kardorff

Geh. Rath Huber, daß in dem österreichischen Zolltarif für die Einfuhr von Kolonialwaaren zur See für Trieste und Fiume Zollbegünstigungen bereits früher bestanden hätten, daß aber in dem gegenwärtigen Vertrage festgesetzt sei, daß weitergehende Begünstigungen, als bei Inkrafttreten des Vertrages bestanden, nicht eintreten sollten.

Bei Tarif B (Zollermäßigungen Italiens für die deutsche Ausfuhr) hebt

Abg. Luz (Hr.) die Geringfügigkeit der Konzession Italiens gegenüber der deutschen Ausfuhr hervor. Erst vor Kurzem sei eine Erhöhung der Verbrauchsabgabe auf Bier seitens Italiens erfolgt, die unseren Bierexport noch weiter verringern könne. Redner fragt an, ob auf diplomatischem Wege hiergegen etwas geschehen könne.

Geh. Rath Huber bestrittet daß die Konzession Italiens eine geringe sei. Es habe große Schwierigkeiten gemacht, auch nur diese Konzession zu erlangen. An der ganzen Sache könne bei Abschluß des Vertrages nichts geändert werden.

Abg. Frhr. v. Stauffenberg (Hr.) giebt zu, daß

zt an der Sache nichts geändert werden könne, spricht aber auch dabei die Befürchtung aus, daß unsere Bierausfuhr namentlich im Norden Italiens eine Schädigung durch jene Konsumsteuer erfahren werde. Die Regierung möchte doch zu sehen, ob sie nicht eine Aenderung in dieser Hinsicht für die Zukunft bewirken könnte.

Abg. Orterer (Ztr.) meint, daß die Regierung, wenn sie auf die inländische Steuer keinen Einfluß gehabt hätte, sie doch wenigstens auf eine weitere Ermäßigung des Bierzolles hätte dringen müssen. Die Verminderung des Exports, welche eine Maßregel Italiens zweifellos herbeiführen würde, dürfte unsere kleinen Brauereien in höchstem Grade schädigen, da dann das nicht auszuführende Bier der großen Brauereien auf den inländischen Markt geworfen würde.

Darauf wird Art. 7 mit den Tarifpositionen angenommen; ebenso der Rest des Handelsvertrages mit Italien.

Der Handelsvertrag mit Belgien wird nach unwesentlicher Debatte angenommen.

Damit ist die zweite Berathung der Handelsverträge erledigt.

Präsident v. Levekov macht darauf Mittheilung von der am heutigen Tage erfolgten Entbindung der Prinzess Friedrich Leopold von einem Sohne.

Zugleich spricht der Präsident dem Abg. Dieden (Ztr.), dem ältesten Mitgliede des Hauses, der heute seinen 81. Geburtstag feiert, im Namen des Hauses die herzlichsten Glückwünsche aus.

Als Tagesordnung für die nächste Sitzung Freitag 10 Uhr schlägt Präsident v. Levekov die Berathung des Muster- und Markenrechtvertrages mit Oesterreich-Ungarn sowie von Petitionen vor.

Abg. v. Kardorff (Rp.) beantragt, die dritte Lesung der Handelsverträge auf die Tagesordnung zu setzen. Nachdem die Mehrheit des Hauses sich dem Wunsche der Regierung auf Erledigung der Verträge vor Weihnachten angeschlossen habe, müsse man der Mehrheit zur Erhaltung des guten Einvernehmens entgegenkommen. (Beifall.)

Abg. v. Massow (L.) erklärt sich darauf im Namen der Konservativen, die den Antrag auf Kommissionsberathung gestellt hatten, damit einverstanden. (Beifall.)

Da diesem Vorschlage von keiner Seite widersprochen wird, legt der Präsident demgemäß die dritte Berathung der Handelsverträge auf die morgige Tagesordnung. Schluß 2 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Deutschland.

□ **Berlin**, 17. Dez. Die zweite Lesung der Handelsverträge ist beendet, die dritte Lesung wird morgen unter allen Umständen zu Ende geführt werden. Die Minderheit hat sich in das Unvernünftliche gefügt, und die Herren von Kardorff und von Massow waren es, die heute die Hand dazu boten, die dritte Lesung unmittelbar an die zweite anzuschließen. Beim Widerspruch von 15 Mitgliedern hätte die schnelle Auseinandersetzung geschäftsmäßig unterbleiben müssen. Die heutige Debatte hatte durchweg den Charakter einer Nachlese. Nur ein einziger Punkt wurde näher besprochen, die schwierige und für weitere Volkskreise wenig interessante Frage des Refraktienwesens. Es kam dabei zu einer kleinen Auseinandersetzung zwischen dem Grafen Kanitz und Herrn von Kardorff auf der einen, Herrn von Caprivi auf der anderen Seite. Aber die Differenz ging nicht tief, wie denn auch die Sache selber nicht geeignet war, sonderlich aufzuregen. Die Behauptung der konservativen Redner, daß trotz des internationalen Verbots der Refraktien die ungarischen Bahnen immer noch geheime Frachtbegünstigungen gewähren, stützt sich mit anscheinend guten Gründen auf Erklärungen des ungarischen Handelsministers v. Barozs im Ausschusse des ungarischen Reichstags. Wenn hiergegen Herr v. Caprivi bestimmt erklärt, daß an der Vertragstreue der befreundeten Regierung zu zweifeln fast beleidigend wäre, so hat man aber doch wohl eine solche Erklärung beruhigt hinzunehmen, und es wird hoffentlich dafür gesorgt werden, daß die Vortheile, die uns Artikel 15 des deutsch-österreichischen Handelsvertrages in Bezug auf Gleichstellung der Eisenbahnfrachten gewährt, nicht durch geheime Nachenschaften von privaten Bahndirektionen im Donauraum wieder illusorisch werden. Daß die Staatsbahnen beider Reichshälften dem Refraktienwesen keinen Vorbehalt mehr leisten werden, kann man ohnehin als gewiß annehmen. Was dann noch in der Debatte folgte, ist nicht der Rede werth. Herr Liebermann v. Sonnenberg schien nicht übel Lust zu haben, sich die Vorbeeren des gefinnungsverwandten österreichischen Reichsraths-

mitgliedes Lueger zu verdienen, aber Dank der strammen Disziplin durch den Präsidenten kam es nicht dazu. Das Haus wäre auch gar nicht in der Lage gewesen, eine Liebermannsche Rede zu Ende zu hören. Ein paar Bedenken, zu denen weiterhin der italienische Handelsvertrag Veranlassung gab, wurden in geringfügiger Hin- und Widerrede nach Möglichkeit beschwichtigt, und der belgische Handelsvertrag wurde zum Schluß angenommen, ohne daß von irgend einer Seite auch nur ein Wort dazu gesagt worden wäre. Die meisten Abgeordneten hörten wohl kaum, daß der Präsident diesen Vertrag aufrief, und da Niemand sich zum Wort meldete, in derselben Viertelminute für angenommen erklärte.

Die Einnahmeausfälle in Folge der neuen Handelsverträge sind unter der Voraussetzung der Ausdehnung der Zollermäßigungen auf alle Grenzstationen in Gemäßheit des österreichischen und italienischen Handelsvertrages auf 35 164 154 M. berechnet worden. Nach Mittheilung des belgischen und schweizerischen Vertrages ist eine neue Berechnung aufgestellt worden, wodurch sich der Ausfall von 35 164 154 M. auf 35 735 777 M., also um 571 623 M. erhöht. Höher ist also die finanzielle Bedeutung der Zollermäßigungen nach den beiden letztgenannten Seiten nicht zu veranschlagen. — Thatsächlich wird der gesammte Einnahmeausfall erheblich geringer sein, weil in dieser Berechnung eine Vermehrung der Einfuhrmenge in Folge der Zollermäßigungen nirgend vorgesehen ist.

Der „Post“ zufolge hat die Berliner Handelsgesellschaft mit der Eisenbahn Kursk-Kiew unterhandelt über einen bedeutenden Vorschub auf Prioritäts Aktien, welche die genannte russische Eisenbahn zunächst in Pfand geben will, um sie später durch die Berliner Handelsgesellschaft auf den deutschen Markt bringen zu lassen. Diese Prioritäts-Aktien sollen, was sehr bemerkenswerth ist und bisher nur bei den russischen Staatsanleihen der Fall war, in Gold verzinslich sein. Der Abschluß dieses Geschäfts dürfte indeß noch nicht erfolgt sein. — Der Berliner Offizier der Wiener „Polit. Korresp.“ bemerkt zu diesem Anleiheprojekt:

Die Veruche russischer Banken, deutsches Geld für Eisenbahnbauten heranzuziehen, sollen noch immer nicht ganz eingestellt sein, man gefällt sich in der Vorpiegelung, daß durch solche Bauten der deutschen Maschinen- und Eisenindustrie Absatz eröffnet würde, als ob nicht bei der gegenwärtigen Lage der Dinge die deutschen Import-Aussichten so gut wie gänzlich illusorisch wären. Man wird mit diesen vorgeschobenen Argumenten ebenso wenig Glück haben, als mit anderen, wie denn in unferen Bankkreisen die Ueberzeugung festen Boden gewonnen hat, daß die öffentliche Meinung in Deutschland jedem Appell an deutsches Kapital zu Gunsten Russlands unübersteigliche Hindernisse in den Weg legen werde.

In der heutigen Plenarsitzung des Bundesrats wurde der Auschussantrag zu dem Gesetzentwurf, betr. die Bekämpfung des Mißbrauchs geistiger Getränke von der Tagesordnung abgelehnt. Dem Ausschussbericht über den Gesetzentwurf für Elsaß-Lothringen, betreffend Beschränkungen der Baufreiheit, sowie dem Ausschussbericht über die Entwürfe einer Kreisordnung und einer Gemeindeordnung für Elsaß-Lothringen ist zugestimmt worden.

Die Zolleinnahmen in Deutsch-Ostafrika hat vom 1. Januar bis 30. September d. J. 947 821 Mk. während des Etatsjahres 1890/91 in Kamerun 251 480 Mk. und unter Einschluß der Lizenzabgaben und Tomengebühren 287 968 Mk. während des Etatsjahres 1890/91 in Togo 82 948 Mk. während der ersten Hälfte des laufenden Etatsjahres (gleichfalls in Togo 60 705 Mk. betragen.

Der Name des Fürsten Bismarck wurde bei der namentlichen Abstimmung über die Weinzölle in der Reichstags-sitzung am Mittwoch durch den Schriftführer aufgerufen, was große Heiterkeit hervorbrachte und verschiedene Zwischenrufe veranlaßte, welche wiederum den Platonalliberalen zur Aeußerung der Entrüstung Anlaß gaben. Fürst Bismarck beginnt jetzt nachgerade innerhalb des deutschen Reichstages fast eine fomiische Rolle zu spielen in Folge seines Fernhaltens von den Sitzungen und der wechselnden Begründung dieser Fernhaltung.

Mit Zeitungskleitüre beschäftigt sich, nach einer Aussage der Sängerin Etella Gerster in Budapest über einen Besuch in Friedrichsruh Fürst Bismarck, während des ganzen Abends, auch während der Konversation der übrigen Gesellschaft. Mindestens 200 Exemplare lagen, in Stöße geschichtet vor ihm, und auch die noch um 11 Uhr Nachts einlaufenden Journale würdigte er einer raschen Durchsicht. — Daß Fürst Bismarck viele Zeitungen liest, ergibt sich aus dem ganzen Inhalt der „Hamburger Nachrichten.“

München, 17. Dez. Die Kammer der Reichsräthe genehmigte, übereinstimmend mit den Beschlüssen der Abgeordneten-

kammer, die Gesetzentwürfe betreffend die provisorische Steuererhebung, den Militarnachtragsetat pro 1890/91, den Umbau der schiefen Ebene und der Doppelgleise sowie die Vermehrung des Fahrmaterials.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 17. Dezbr. Das Abgeordnetenhause hat das Finanzgesetz angenommen. Im Laufe der Debatte erklärte Gerold, der Haß der Jungtschechen richte sich nicht gegen den Staat, sondern gegen die deutsch-zentralistische Verfassung. So lange der Ausgleich auf der Tagesordnung bleibe, würden die Jungtschechen das Regierungssystem bekämpfen. Plener erklärte sein unbedingtes Festhalten an dem Ausgleich und appellirte an alle gemäßigten Elemente zu gemeinsamer Abwehr der auf die Umwälzung des Staates gerichteten Bestrebungen der Jungtschechen. Auf eine von jungtschechischer Seite eingebrachte Interpellation betreffend die militärische Bestrafung zweier böhmischer Volksschullehrer in Reichenberg erklärte der Minister für Landesverteidigung, Graf Welfersheim, die beiden Lehrer hätten sich ungehörig und lügenhaft benommen und seien angemessen bestraft worden. Finanzminister Dr. Steinbach bezeichnete die Ziffern in der getriggen Rede des Abgeordneten Gregar über die angebliche Steuerausbeutung Böhmens, Mährens und Schlesiens durch den Staat als von leitender Unrichtigkeit. Ein Blick in das gesagene Böhmen genüge, um sich von der Unwahrheit der Redensarten „ausgebreiteter Zitrone“, „Bampyrarmen“, „babylonischer Gefangenschaft“ zu überzeugen. Das agrarische Musterland Böhmen mit seiner reichen Industrie sei wohl kein Objekt des Mitleids. (Große Heiterkeit und Beifall). Der Minister schließt sich im Namen der Regierung auf das Entschiedenste dem gestern durch den Prinzen Schwarzenberg gegebenen Ausdruck der Entrüstung über die Beleidigung der patriotischen, dynastischen und österreichischen Gefühle an. Die Regierung nehme das böhmische Volk gegen die Beleidigung durch Gregar in Schutz. (Großer Beifall). Palach erklärte, Oesterreich müßte für die österreichischen Slaven erfinden werden, wenn es nicht bestände. (Beifall). Gregar habe dem böhmischen Volke keinen Dienst geleistet, letzteres schulde ihm (Gregar) keinen Dank. (Lauter Beifall, große anhaltende Bewegung).

Militärisches.

Bromberg, 17. Dez. Das in Bromberg garnisonirende 34. Infanterie-Regiment wird der „Pof. Btg.“ zufolge am 1. Oktober nach Stettin, wo es früher in Garnison stand, verlegt.

Thorn, 17. Dez. Das Tanzen hat nach der „Danz. Btg.“ die hiesige Militärbehörde den Soldaten einstweilen unterlagt, angeblich aus Gesundheitsrückichten.

Aus dem Gerichtssaal.

Wien, 15. Dez. Bertha Kother hat wieder einmal vor der Oeffentlichkeit erscheinen müssen; sie stand dieser Tage vor dem Strafgericht des Bezirksgerichtes Hiezing unter Anklage der Ehrenbeleidigung. Privatkläger war der Dabrelehnsmittler Kengroß. Derselbe hatte sich eines Tages als Führer der Pfändungskommission in der Villa des Baron Stephan Kessmeny in Baumgarten eingefunden und geriet hier in ein Renfon-tre mit dem die Hausfrau spielenden Fräulein Kother. Letztere präsentirte sich als Besitzerin der Villa, freilich auf Grund eines Rechtstitels, der von den Gläubigern des Barons entschieden angefochten wird. Bei dieser Pfändung nannte Frä. Kother den Privatkläger einen Schwindler und seine Darlehnsgeschäfte pure Schwindeleien. Sie wurde dafür zu 15 Gulden Geldstrafe verurtheilt.

lokales.

Wofen, 18. Dezember.

* Dem Zentral-Vorstande des Vaterländischen Frauen-Vereins ist aus Anlaß des fünfundsanzigjährigen Jubiläums des Vereins das nachfolgende Schreiben Ihrer Majestät der Kaiserin zugegangen:

Der Vorstand des Vaterländischen Frauen-Vereins hat seinen Glückwunsch zu Meinem Geburtsfest mit der Mittheilung von dem Abschluß der Sammlung „Frauen-Dank“ verbunden, welche zum Andenken an die hochselige Protektorin in Vereinstreifen veranstaltet worden ist. Die so gewonnene Gabe wird der Stiftung „Frauen-Trost“ zugeführt werden, die aus Anlaß der goldenen Hochzeit des Deutschen Kaiser-Paares entstanden, jener feierlichen Feier zur bleibenden Erinnerung gereicht. Meine aufrichtige Dank-sagung für die dargebrachten Spenden richtet sich an die verbündeten Deutschen Frauen-Vereine unter dem Rothen Kreuz, die im Gefühl der Zusammengehörigkeit sich an dieser Sammlung betheilig haben.

Das heute vor fünfundsanzig Jahren in der Heimath allgemein gefeierte Dank- und Friedensfest veranlaßte die heimgegangene Stifterin des Vaterländischen Frauen-Vereins, in schwerer Zeit bewährte Kräfte aus allen Berufsständen zu dauerndem Wirken zu verbünden. Wie jene in der einmüthigen Erkenntniß

Der Weihnachtsengel.

Rahl und schwarz stehen die Bäume, kein Schneeflöckchen bedeckt mitleidig ihre leeren Zweige, braun ist der Waldboden und Stille herrscht rings umher. Da — des anderen Morgens, wie ist alles so verwandelt! Frischer Reif schmückt jedes Zweiglein, heller Sonnenschein lockt tausend Strahlen farbigen Lichtes aus den wunderbaren Kristallen; im strahlenden Festgewande harren die Bäume der heiligen Nacht. Ein grüner Kamerad steht ganz allein in ihrer Mitte, prächtig funkelnd, lichtumflossen. Horch! Durch die Waldesstille tönt ein Geräusch von knarrenden Rädern, ein Jagdwagen hält vor der Baumgruppe. Von hohem Sitz steigt ein feiner Herr, befehligt vorsichtig die Zügel, hebt aus dem Gefährt ein liebtliches, halbwüchsiges Mägdlein und läßt es in das weiche Waldmoos nieder. Sieh, Kind, da, die Tanne, schau sie dir mal recht gut an, ist sie schön und hoch genug für uns? Gefällt sie dir, Herzchen? Ei ja, Papa, sie ist die schönste hier im Walde. Neulich, weist du, fuhr ich schon ganz heimlich mit dem Förster aus nach einem Weihnachtsbaum. Wir suchten den ganzen Wald ab, sahen viele schöne Tannen, aber keine gefiel mir so gut wie diese legte hier am Waldesrande. Und daß du sie gleich gefunden hast, daß sie dir auch gefällt, Papachen, das freut mich so. Willst du sie mir schenken? Ach, und laß sie mich ganz allein schmücken, ich will's schon schön machen, alles ist vorbereitet. — So plaudert der frische Mund und die Stimme des Kindes klingt dem Vater wie süße Musik. Er lächelt ihren Wünschen Gewährung, hebt es mit kräftigem

Arm in den Wagen, besteigt wieder seinen lustigen Sitz — und fort geht's, dem trauten Heim zu. Schon sehen sie das rothe Dach des stattlichen Herrenhauses, doch je näher sie ihrem Ziele kommen, desto ernster werden die Züge des stolzen, schönen Mannes. Das Mägdlein an seiner Seite ist verstummt, es blickt besorgt und verstohlen zu ihm auf. Er merkt es nicht, seine Gedanken weilen bei ihr, die fein Auge in der Ferne sucht, bei der Mutter seines Kindes. Unaufhörlich kehren sie quälend zu der einen bösen, entscheidenden Stunde zurück, da er, verblendet von Eifersucht, sie durch ein rauhes, böses Wort hinweggeschleucht hat von seiner Schwelle. Scham und Reue, Stolz und Sehnsucht kämpfen in seiner Brust; vor einen verzweifelten Schritt bewahrt ihn nur die hingebende Liebe seines Kindes. Auch das Mägdlein fühlt tief den Verlust, vermiszt schmerzlich der Mutter treues Walten, doch trägt es still sein Leid, kein Seufzer entflieht den Lippen. Im Haushalte sucht es sorglich und gewissenhaft die Abwesende zu vertreten; eifrig helfend und beaufsichtigend geht es durch Küche und Keller, durch Haus und Hof. Lächelt dem Vater freundlich zu, wenn es ihm begegnet, beschäftigt sich harmlos plaudernd um ihn, wenn er, abgesspannt von geistiger Arbeit oder ermüdet vom langen Ritt durch Feld und Flur heimkehrt; lauscht ihm alle seine Wünsche ab und sorgt hausmütterlich für seine Bequemlichkeit. Gleich einer freundlichen Fee tröstet sie den Betrübten, beschwichtigt den Erregten. Die süße, unerschütterliche Hoffnung: „Mütterchen kommt zurück, kommt heute zur heiligen Weihnacht,“ stärkt und belebt ihren Muth. Hat der Vater

dies Hoffen und Wünschen seines Lieblings errathen? Heute ergreift ihn mächtig, die stumme Bitte des Kindes drängt die Feder in seine Hand. Er schreibt, zwei Worte nur: „Verzeihe! Komme!“ Nun die Spannung. — Ein Kinderglaube giebt ihm Muth: der Weihnachtsengel rührt ihr Herz. — Sie kommt gewiß. Die Freude läßt seine Pulse höher klopfen, öffnet seine Augen, beflügelt seine Schritte. Hin zu dem Töchterchen! Ei, wie sie eifrig schafft, wie sie die Weihnachtsgaben für alle, dem Hause zugehörigen, treuen Diener ordnet und auf ihre Plätze vertheilt. — Nun zur schönen Tanne! Ach, Väterchen, Du hier? Komm, komm hilf mir! Sie schmücken eifrig den schönen Baum, kein Wort verräth ihr Wünschen und Hoffen, doch Weider Herzen pochen laut, erfüllt von dem einen Gedanken: Für Sie. — Die Stunden eilen, schon leuchten und strahlen die Weihnachtslichter. Herein, ihr lieben Leute! ruft der Hausherr. Hier Eure Gaben! und singet tapfer mit. Das Kind stimmt leise an: O, du fröhliche, o du selige, gnadenbringende Weihnachtszeit. — Nun singt der ganze Chor. Die Kerzen flimmern, die Augen glänzen, freudig lachend entfernen sich die Beschenkten. Nun ein banges, lautloses Warten. — Da öffnet sich leise die Thür, und — Mutter, o Mutter! Wieh, liebes Wieh! so tönt es von Weider Lippen. Vier Arme umschlingen die schmerzlich Vermißte; Freudenthränen entströmen den Augen, alles Leid ist in seliges Glück verwandelt. Segnend umschließen der Eltern Hände des Kindes treues Haupt. O, du unser Weihnachtsengel! —

